



Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für
Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr

am 25.09.2019

im Roten Saal, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn WeißCDU

und Vertreter für Ratsherrn Michael Meyer im Bau- und Verkehrsausschuss

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	bis 19:00 Uhr
90/Die Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	bis 18:30 Uhr
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	bis 19:03 Uhr
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	und Vertretung für Ratsherrn Oliver Fröhling im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt ab 16:35 Uhr
Ratsherr René Pickard	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	und Vertreterin für Ratsherrn Daniel Kahler im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Jens Voß
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsfrau Barbara Tünsmeyer	SPD	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Jochen Kliebisch	Bündnis 90	ab 16:42 Uhr
/Die Grünen		

Herr Harald Metzger	SPD	
Herr Richard Oettinghaus	Alternative für	bis 19:03 Uhr
Lüdenscheid		
Herr Dominik Petereit	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
------------------	--------------

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß	Internationale
Liste der SPD	

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Hans Jürgen Badziura
Herr Frank Kusmirtz
Herr Lothar Matzner
Herr Christian Vöcks
Frau Melita Alzorba
Frau Doris Ammelt
Frau Sabrina Bräucker
Herr Falk Dietrich
Frau Susanne Krawczak
Herr Rolf Mielke
Herr Marcus Müller

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Michaela Dötsch	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsherr Daniel Kahler	CDU
Ratsfrau Britta Kurzmann	CDU
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Ratsherr Björn Schöttler	CDU
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	Linke Liste
Lüdenscheid	
Ratsherr Jens Voß	SPD
Herr Dominik Hass	SPD
Herr Ralf Tofote	Alternative für
Lüdenscheid	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale
Liste der SPD	

Beginn: 16:06 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Herr Utsch von der Energiewendegruppe Lüdenscheid erläutert kurz sein Transparent „Ökologischer Fußabdruck zum Klimawandel in Deutschland“.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

2. IHK Altstadt: Kostenentwicklung bei den Hochbaumaßnahmen und der Neugestaltung der öffentlichen Räume Vorlage: 170/2019

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Dietrich von der Zentralen GebäudeWirtschaft (ZGW) und Herrn Reschke als Landschaftsarchitekten. Er bittet zunächst Herrn Dietrich um Vortrag.

Herr Dietrich erläutert anhand einer Präsentation die Kostenentwicklung bei den Hochbaumaßnahmen im Zuge des IHK Altstadt. Auf Nachfrage erläutert er, dass ein Umschwenken auf eine Holzbauweise für den **Neubau der Musikschule** jetzt nicht mehr möglich sei. Hierzu sei einerseits das gesamte Verfahren zu weit fortgeschritten und andererseits erfülle ein Holzbau nicht die erforderliche Funktion für ein Musikschulgebäude insbesondere in Bezug auf die erforderliche Akustik. Bei der energetischen Sanierung des **Alten Rathauses** mussten die Fenster an die historische Ansicht angepasst werden. Hierzu seien die neuen Fenster mit kleineren Flügeln und einem größeren feststehenden Fensterteil ausgestattet. Darüber hinaus habe die Sprosseneinteilung angepasst werden müssen. Eine Innenwanddämmung sei nicht in allen Bereichen möglich, da durch die Dämmung Stuck und Holzvertäfelungen verloren gehen würden. Der Giebel werde komplett gedämmt. Die Einsparmöglichkeiten im Bereich der Ausführungen von Fassade, Dach und Beleuchtung des **Neubaus der Musikschule** seien derzeit noch nicht zu beziffern, da diese noch nicht abschließend geprüft seien.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Dietrich für die Ausführungen. Sodann bittet er Herrn Reschke um Vortrag.

Herr Reschke bedankt sich für die erneute Möglichkeit, die Planungen für die Neugestaltung der öffentlichen Räume in der Altstadt vorstellen zu können. Anhand einer Präsentation erläutert er insbesondere die Veränderungen der Neugestaltung der öffentlichen Räume gegenüber dem Wettbewerbsergebnis und die dadurch entstehenden Kostensteigerungen. Darüber hinaus zeigt er die vorgesehenen Bauabschnitte.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Reschke für die Ausführungen. Er weist darauf hin, dass am Donnerstag, dem 26.09.2019, im Jürgen-Dietrich-Forum des Rathauses eine erneute Erläuterung der geplanten Baumaßnahme zur Neugestaltung der öffentlichen Räume in der Altstadt stattfindet. Diese Vorstellung sei öffentlich und somit könne jeder Interessierte daran teilnehmen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas erläutert Herr Badziura, dass die hier zu verwendenden Oberflächen gestalterisch an die Oberflächen von Rathaus- und Sternplatz angelehnt worden seien. Optik und Haltbarkeit könnten mit regionalen Bodenbelägen nicht zu dem Preis des Granitbelages erreicht werden. Bisher seien die Erfahrungen auf beiden Plätzen gut. Jeder Bodenbelag benötige eine gewisse Pflege, um Verschmutzungen zu beheben. Die erforderliche Entwässerungsrinne werde mit einer abgesenkten Platte gestaltet, so dass eine Fortführung der Lösung auf dem Sternplatz erfolge und hierdurch keine Stolperkante entstehe. Ratsherr Dudas bedankt sich für die Antwort.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses bei zwei Gegenstimmen und die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt bei einer Gegenstimme dem Rat der Stadt Lüdenscheid jeweils mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

A: Hochbaumaßnahmen

1. Der Bericht über die Kostenentwicklung der Hochbaumaßnahmen Alte Post, Alte Rathausstraße 1+3 und Neubau der Musikschule wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Umsetzung der nachfolgend beschriebenen Maßnahmen weiter zu verfolgen. Das beinhaltet auch die zusätzlichen Leistungen gemäß Punkt 4 des Beschlussvorschlags.
3. Dem vorbehaltlich des noch erforderlichen Ratsbeschlusses gestellten Kostenanpassungsantrag bei der Bezirksregierung Arnsberg in Höhe von 1.200.000 € und vom Zuwendungsgeber bewilligten 927.500 € wird zugestimmt.
4. Da der Zuwendungsgeber signalisiert hat, der Verlagerung des EDV-Raums und der Vorbereitung der Digitalisierung für die VHS nicht zuzustimmen, verbleibt der EDV-Raum zunächst am bisherigen Standort und wird ggf. zusammen mit der Digitalisierung zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt.
5. Der Verwendung von Erbschaftsmitteln in Höhe von rd. 230.000 € für die Einrichtungskosten der Musikschule wie in der Begründung dargestellt wird zugestimmt.

B: Neugestaltung der öffentlichen Räume

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die gegenüber der Beschlussvorlage 123/2019 lediglich geringfügig überarbeiteten Planungsunterlagen fristgerecht bei der Bezirksregierung Arnsberg einzureichen und eine entsprechende Förderung zu beantragen.

A + B: Hochbaumaßnahmen und Neugestaltung der öffentlichen Räume

7. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Mittel im Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: ./.

3. Aktionsprogramm Klimaschutz und Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW der ÖDP hier: Ausrufung des Klimanotstands in Lüdenscheid Vorlage: 175/2019

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Vertreter der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) sowie die Gäste, die zum Thema Klimawandel und Klimaschutz in Lüdenscheid an der heutigen Sitzung teilnehmen. Er bittet Herrn Bartsch von der ÖDP um kurze Erläuterung der eingereichten Anregung zur Ausrufung des Klimanotstandes in Lüdenscheid.

Herr Bartsch erläutert anhand einer Präsentation die Gründe, die die ÖDP zur Einreichung der Anregung zur Ausrufung des Klimanotstandes in Lüdenscheid bewegten. Weiter erläutert er, mit welchen Organisationen sie bereits zusammenarbeiteten, um dem Klimawandel zu begegnen. Er stellt fest, dass das vorgesehene Aktionsprogramm Klimaschutz für Lüdenscheid viele gute und durchdachte Maßnahmen enthalte. Es sei jedoch erforderlich, weitergehende Maßnahmen zu beschließen, um auch nachhaltig zu handeln.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Badziura führt aus, dass das Aktionsprogramm Klimaschutz für Lüdenscheid umfangreich und detailliert aufgestellt sei. Hieraus ergebe sich bereits, dass die gesamte Verwaltung auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichtet werden müsse. Eine reine Ausrufung des Klimanotstandes reiche nicht aus, da damit keine Aktionen und somit Verbesserungen ausgelöst würden. Er bittet die Ausschussmitglieder, dem Rat der Stadt Lüdenscheid den Beschlussvorschlag, wie in der Beschlussvorlage angegeben, zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Herr Müller ergänzt, dass beispielsweise eine Prüfung jeden Ratsbeschlusses auf seine Auswirkungen auf den Klimawandel nicht leistbar sei. Das Projekt zur Erstellung des Aktionsprogramms Klimaschutz in Lüdenscheid sei mit internen Beratungen bereits vor sechs Monaten begonnen worden. Das hieraus entstandene Aktionsprogramm sei ohne Beispiel und verdeutliche, dass viel getan werden müsse. Um eine Umsetzung zu beschleunigen, solle eine weitere Planstelle geschaffen werden.

Ratsherr Bodenheimer lobt das vorgelegte Aktionsprogramm Klimaschutz insbesondere, weil die Ergebnisse dieses Programms viel weitergehend seien, als es die Ausrufung des Klimanotstandes sein könne. Er beantragt, den Beschlussvorschlag unter Punkt 2.2 wie folgt zu ergänzen: Ziel ist eine CO²-Reduktion von 55 % bis 2030 bezogen auf 1990 – wie jüngst von der Bundesregierung versprochen.

Ratsherr Wülfrath ergänzt, dass das Aktionsprogramm zahlreiche Positionen enthalte, in denen sich die Lüdenscheider wiederfinden könnten. Ein reiner Ausruf des Klimanotstandes ändere nichts.

Vorsitzender Weiß führt aus, dass niemand am Bestehen des Klimawandels zweifele. Zudem reiche ein Beschluss nicht aus, sondern Aktionen müssten folgen. Das hier vorgelegte

Aktionsprogramm biete diese Aktionen in verschiedenster Weise. Es handle sich keinesfalls um eine abschließende Festlegung von Aktionen. Vielmehr seien Änderungen und Verbesserungen sowie Anpassungen an aktuelle Ereignisse jederzeit möglich und auch vorgesehen. Ein Teil der benannten Maßnahmen sei zudem bereits erfolgt.

Um 17:51 Uhr unterbricht Vorsitzender Holzrichter die Sitzung.

Eine Bürgerin führt aus, dass die Maßnahmen aus dem vor ca. 10 Jahren beschlossenen Klimaschutzkonzept für Lüdenscheid keine Überprüfung erfahren hätten. Ohne diese halte sie die beschlossenen Maßnahmen jedoch für Symbolpolitik.

Ein Bürger bedankt sich für die zahlreichen Maßnahmen, die in Lüdenscheid bereits angefallen und zum Teil umgesetzt seien.

Die Organisatoren von „Fridays 4 Future“ in Lüdenscheid betonen die Notwendigkeit der Umsetzung der Maßnahmen im Aktionsprogramm. Das vorgelegte Konzept und auch die intensive Diskussion zeigten, dass den Anwesenden bewusst sei, dass etwas passieren müsse. Ihrer Auffassung nach sei jedoch eine Klimaneutralität mit den benannten Maßnahmen nicht zu erreichen. Hierfür bedürfe es einiger Ergänzungen.

Eine Bürgerin führt aus, dass sie seit Jahren ehrenamtlich im Bereich Naturschutz engagiert sei. Das vorgelegte Aktionsprogramm begrüße sie, jedoch sei eine Umsetzung der Maßnahmen unbedingt erforderlich. Sie regt an, eine Jugendklimaschutzkonferenz einzurichten, an der alle städtischen Einrichtungen, Schulen und Kindergärten fest teilnehmen sollten. Hier könnten Ideen für Projekte gesammelt und die Umsetzungsvoraussetzungen und -möglichkeiten geprüft werden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei den Vortragenden und eröffnet um 18:07 Uhr erneut die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Anregung zur Einrichtung einer Jugendklimaschutzkonferenz unter Punkt 3 des Aktionsprogramms aufzunehmen.

Zum **Antrag der SPD-Fraktion zu den „Wildblumenwiesen“** besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme in das Aktionsprogramm jeweils einstimmig zu.

Zum **Antrag der SPD-Fraktion zu den „Klimaresistenten Bäumen“** führt Ratsfrau Mewes aus, dass seitens der CDU-Fraktion hierzu noch Klärungsbedarf bestehe. Die Thematik solle vorab noch einmal mit Herrn Förster Teuber besprochen werden.

Vorsitzender Weiß antwortet, dass nach Rücksprache mit dem Fachdienstleiter Herrn Badziura bereits vorgesehen sei, Herrn Förster Teuber in die Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 27. November 2019 einzuladen. Er solle dann die Problematik des Borkenkäferbefalls und Konzepte zu Wiederaufforstungsmöglichkeiten vorstellen.

Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag der SPD-Fraktion zunächst zurückzustellen.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen dieser Vorgehensweise jeweils einstimmig zu.

Zum **Antrag der SPD-Fraktion zum „Verzicht auf Einweg-Produkte“** führt Herr Badziura aus, dass ein Verbot seitens der Verwaltung nicht ausgesprochen werden könne. Zudem sei eine Regelung nur für Veranstaltungen auf städtischen Grundstücken bzw. über Regelungen

in den Sondernutzungsgenehmigungen möglich. Er schlägt vor, Veranstaltungen nur zu genehmigen, wenn grundsätzlich auf Einwegprodukte verzichtet werde. Ausnahmen hierzu müssten vom Veranstalter ausdrücklich im Antrag begründet werden. Eine eindeutige Formulierung müsse verwaltungsintern festgelegt werden, um auch eine Durchsetzung zu ermöglichen.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen dieser Vorgehensweise jeweils einstimmig zu.

Zum **Antrag der SPD-Fraktion zur „Investition von 20 Prozent eines etwaigen Haushaltsüberschusses in Umweltprojekte“** führt Ratsfrau Manß aus, dass Haushaltsüberschüsse nicht zum Schuldenabbau verwendet werden dürften. Vielmehr erhöhten diese die Rücklage. Die FDP-Fraktion lehnt eine Festlegung der Verwendung von Haushaltsüberschüssen zum derzeitigen Zeitpunkt ab, so dass sie die Aufnahme des Antrags daher ablehnten.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme des Antrags jeweils mit Stimmenmehrheit zu.

Ratsherr Bodenheimer beantragt, den Beschlussvorschlag unter Punkt 2 mit folgendem Satz zu ergänzen: **Ziel ist eine CO²-Reduktion von 55 % bis 2030 bezogen auf 1990 – wie jüngst von der Bundesregierung versprochen.**

Herr Badziura führt aus, dass diese Reduktion messbar sei. Herr Müller ergänzt, dass eine CO²-Bilanzierung in Zusammenarbeit mit dem Märkischen Kreis bereits verfolge.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen der Ergänzung des Beschlussvorschlages jeweils einstimmig zu.

Vorsitzender Holzrichter beantragt, die Einrichtung einer **Jugendklimaschutzkonferenz, an der alle städtischen Einrichtungen, Schulen und Kindergärten fest teilnehmen sollten**, in das Aktionsprogramm unter Punkt 3 „Öffentlichkeitsarbeit“ aufzunehmen.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme des Antrags jeweils einstimmig zu.

Abschließend empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt dem Rat der Stadt Lüdenscheid jeweils einstimmig das erweiterte Aktionsprogramm mit folgendem

geänderten Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die bereits umgesetzten und in Arbeit befindlichen Aufgaben in Klimaschutz und Nachhaltigkeit positiv zur Kenntnis und erkennt an, dass über die Anstrengungen in der Verwaltung hinaus gesamtgesellschaftliche Veränderungen in allen Bereichen der Stadt, vor allem bei Bürgerinnen und Bürgern notwendig sind, um die Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt:
 1. Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Grundlage allen kommunalen Handelns in allen Fachbereichen über alle Ebenen hinweg zu verstehen und zu beachten sowie

Aspekte der Klimafolgenanpassung bei allen Planungen zu berücksichtigen und zu implementieren.

2. mindestens die unter 3. aufgelisteten Sofortmaßnahmen zur Umsetzung auf den Weg zu bringen und die entsprechenden politischen Gremien über Kosten, Finanzierung und Umsetzbarkeit zu informieren. **Ziel ist eine CO²-Reduktion von 55 % bis 2030 bezogen auf 1990 – wie jüngst von der Bundesregierung versprochen.**
 3. den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt über den Fortgang sowie eventuelle Umsetzungsschwierigkeiten zu informieren.
3. Die Anregung der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) vom 05.06.2019 gemäß § 24 GO NRW (Ausrufung des Klimanotstands) wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum SPD-Antrag zum Thema „Wildblumenwiesen“:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme in das Aktionsprogramm jeweils einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis zum SPD-Antrag zum Thema „Klimaresistente Baumarten“:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen der Vertagung der Behandlung dieses Antrages in die Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 27. November 2019 jeweils einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis zum SPD-Antrag zum Thema „Verzicht auf Einweg-Produkte“:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme in das Aktionsprogramm jeweils einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis zum SPD-Antrag zum Thema „Investition von 20 Prozent eines etwaigen Haushaltsüberschusses in Umweltprojekte“:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme in das Aktionsprogramm jeweils mit Stimmenmehrheit bei sieben bzw. fünf Gegenstimmen zu.

Abstimmungsergebnis zur Ergänzung des Beschlussvorschlages unter Punkt 2.2 zum Thema „Ziel ist eine CO²-Reduktion...“:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme in das Aktionsprogramm jeweils einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis zur Ergänzung des Aktionsprogramms nach Punkt 3. g) e. um die „Einberufung einer Jugendklimaschutzkonferenz und Benennung von Klimaschutzbeauftragten...“

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen einer Aufnahme in das Aktionsprogramm jeweils einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis über die gesamte Beschlussvorlage inklusive der beschlossenen Ergänzungen:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt stimmen dem ergänzten Aktionsprogramm und dem erweiterten Beschlussvorschlag jeweils einstimmig zu.

4. Entwurf des Lärmaktionsplanes der 3. Stufe Vorlage: 153/2019

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Janßen vom Büro LK Argus und bittet um Vortrag.

Frau Janßen bedankt sich für die Möglichkeit, den Entwurf des Lärmaktionsplanes der 3. Stufe für Lüdenscheid persönlich vorstellen zu können. Sie erläutert ihn anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation.

Ratsherr Eggermann schlägt vor, die Präsentation als Anlage zur Niederschrift zu nehmen. Bezogen auf den Volmeradweg bittet er, den Bereich in Brügge durch den Landesbetrieb StraßenNRW möglichst „grün“ gestalten zu lassen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen bei Frau Janßen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses und die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Entwurf des Lärmaktionsplanes der 3. Stufe wird für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Nach erfolgter Abwägung der eingehenden Anregungen von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange und der Ergebnisse der schalltechnischen Berechnung wird der Entwurf des Lärmaktionsplanes der 3. Stufe den zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtlich geeignete Maßnahmen von Geschwindigkeitsreduzierungen für bestimmte Straßenabschnitte vertiefend zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Für den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

5. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

5.1. Sachstandsbericht zur Gewässerrenaturierung Honseler Bach und Elspe

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Badziura um Vortrag.

Herr Badziura stellt die Pläne zur Honseler Bach-Renaturierung und zur Elspe-Renaturierung anhand einer Präsentation vor. Er führt aus, dass beide Renaturierungsmaßnahmen zu 90 % mit Fördergeldern der EU finanziert würden. Im Bereich des Honseler Baches werde auch der dort vorhandene Spielplatz zum Teil erneuert und attraktiver gestaltet. Die Ausführungsplanung sei hierzu bereits beauftragt, so dass eine Umsetzung in 2020 erfolgen könne. Im Bereich südlich von Stüttinghausen werde der Wasserlauf der Elspe wieder in den ursprünglichen Verlauf zurückgelegt. Eine Beauftragung solle in 2020 erfolgen. Auf Nachfrage von Ratsherrn Weiß ergänzt er, dass der dort verbreitete Riesenbärenklau im Zuge der Renaturierung entfernt werde. Auf Nachfrage von Ratsherrn Eggermann erläutert er, dass die genutzten Flächen zum Teil städtische Flächen seien. Für die sonstigen Flächen seien entsprechende Regelungen getroffen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Badziura für die Ausführungen.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Suchkrisenanfrage eines Betreibers für zwei Mobilfunkmasten auf städtischem Grundstück

Herr Badziura führt aus, dass ein Mobilfunkbetreiber eine Anfrage zur Errichtung von zwei Mobilfunkmasten auf einem städtischen Grundstück gestellt habe. Dieses befinde sich nahe der Autobahn BAB 45 im Bereich Hühnersiepen und sei für eine ausreichende Abdeckung mit G5 und LTE insbesondere für die Übertragung von Auto-/LKW-Daten erforderlich. Derzeit gebe es noch den Beschluss, keine Mobilfunkmasten auf städtischen Grundstücken zu errichten. Dennoch schlage die Verwaltung vor, diese beiden Mobilfunkmasten zuzulassen. Auf Nachfrage von Ratsfrau Mewes erläutert er, dass die Gestattung zunächst eine Prüfung des Mobilfunkbetreibers auslöse, ob die Standorte tatsächlich passend seien. Sollte eine Umsetzung erfolgen, könne der Beschluss immer noch fristgerecht aufgehoben werden. Die Masten hätten einen Durchmesser von ca. 30 cm – 70 cm. Die Beseitigung sämtlicher Schäden, die im Zuge der Aufstellung der Masten entstünden, werde durch den Betreiber getra-

gen. Zusätzlich erhalte die Stadt Lüdenscheid für die Bereitstellung der Grundstücke jährlich einen vierstelligen Betrag vom Betreiber.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Verwaltung zu.

6.1.2. Energetische Sanierung und Herstellung der Barrierearmut in der Stadtbücherei

Frau Bräucker teilt mit, dass der Fördermittelgeber für die energetische Sanierung und Herstellung der Barrierearmut in der Stadtbücherei antragsgemäß Mittel in Höhe von 636.000,00 € bewilligt habe.

6.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

6.3. Anfragen

6.3.1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.09.2019 zum Thema "Energieeffizienz in städtischen Gebäuden"

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hohmann um Vortrag.

Herr Hohmann trägt die im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellte Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vor.

6.3.2. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Wülfrath zum Fortgang der Baustelle am Bahnhof Brügge

Ratsherr Wülfrath berichtet aus der Stadtteilkonferenz in Brügge, dass dort die Frage aufgeworfen worden sei, wie der weitere Fortgang der Baustelle am Bahnhof in Brügge ist. Insbesondere sei gefragt worden, wann die Stützmauer fertiggestellt, eine Beleuchtung installiert und die Brücke zwischen Eisdiele und Hotel Passmann zum Bahnhof erneuert werde.

Vorsitzender Holzrichter sagt eine Beantwortung durch die Verwaltung zu.

6.3.3. Mündliche Anfrage des Ratsherr Siewert zur Aufweitung der Tempo-30-Zone im Olpendahl/Ecke Heedfelder Straße

Ratsherr Siewert führt aus, dass im Gebäude des ehemaligen Bürofachmarktes Sasse ein Kindergarten eingerichtet werde. Er fragt an, ob es hier als Verkehrssicherungsmaßnahme möglich sei, die Geschwindigkeitsbeschränkung in der Straße „Im Olpendahl“ bis zum Kreuzungsbereich „Im Olpendahl/Heedfelder Straße“ vorzuziehen.

Vorsitzender Holzrichter sagt zu, dass Herr Hayer die Möglichkeiten hierzu in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses vorstelle.

Ratsherr Siewert bedankt sich dafür.

gez. Jens Holzrichter
Vorsitzender des Bau- und
Verkehrsausschusses

gez. Björn Weiß
Vorsitzender des Ausschusses
für Stadtplanung und Umwelt

gez. Stoltefaut-Voß
Protokollführerin